

Pressereferentin ADÜ Nord

Annika Kunstmann
Telefon: 040 / 70 38 53 33
Mobil: 0177 / 44 37 301
E-Mail: annika@adue-nord.de

Die Stunde der Wahrheit: der Innenausschuss befasst sich mit dem CDU-Antrag zur Qualitätssicherung im Justizdolmetschwesen

Die nächste Runde wird eingeläutet: In Kürze wird sich der **Innenausschuss der Hamburger Bürgerschaft** mit der Vergütung und den Arbeitsbedingungen der in Hamburg tätigen Justizdolmetscher befassen. Zur Erinnerung: Ende März hatte die CDU-Bürgerschaftsfraktion einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, mit dem sie den Senat auffordert, die Qualitätsstandards bei den Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen in Justiz und Behördenwesen zu sichern. Den Anstoß hierzu gab zum einen eine vorgeschaltete Große Anfrage der CDU-Fraktion an den Hamburger Senat und zum anderen die konzeptionelle Mitarbeit des ADÜ Nord bei der Antragsvorbereitung. Auch hatte der ADÜ Nord mit einer Honorarumfrage unter Justizdolmetscherinnen und -dolmetschern im September 2015 Vorarbeit geleistet. Dies galt insbesondere bei Aufträgen vermittelt durch die Hamburger Polizei. Zudem hatte der ADÜ Nord am 5. April in Kooperation mit der Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung (AWW) der Universität Hamburg zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema geladen.

Nun ist der Innenausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft gefragt. In seiner Antwort auf die oben erwähnte Große Anfrage hatte der Senat unter anderem darauf verwiesen, dass bisher kein förmlicher Antrag zum Thema der Verbesserung der Vergütung und Arbeitsbedingungen gestellt worden sei. Wie wird sich der Innenausschuss entscheiden? Wird er den „Verbesserungsantrag“ der Bedeutung angemessen erörtern und ihm wenigstens teilweise stattgeben? Zu denken ist dabei zuallererst an den Antragspunkt, eine ständige Arbeitsgruppe einzurichten, in der sachliche Probleme mit den wichtigsten Akteuren und unter Beteiligung der zuständigen Sprachmittlerverbände problemlösungsorientiert diskutiert werden können.

In dem Abstimmungsverhalten der Vertreter der Regierungskoalition im Innenausschuss wird sich zeigen, ob der Senat die sachlich begründete Kritik aus der Sprachmittlerbranche und die Qualitätssicherung insgesamt ernst nimmt. „Es ist erforderlich, dass sich die Verwaltung mit den Verbänden der Dolmetscher endlich an einen Tisch setzt“, so Richard Seelmaecker, justizpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

Die Hamburgische Bürgerschaft ist neben dem Senat und dem Verfassungsgericht eines der drei Verfassungsorgane der Freien und Hansestadt Hamburg. Ihre Vertreter werden direkt vom Volk gewählt.

... wir sind in der

